



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Tobias Reiß, Dr. Franz Rieger, Petra Guttenberger, Helmut Brunner, Alex Dorow, Jürgen W. Heike, Dr. Martin Huber, Alexander König, Bernd Kränzle, Andreas Lorenz, Alfred Sauter, Andreas Schalk, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/22893

Für ein starkes Europa – Zusammenarbeit der Staaten auf Augenhöhe zur Bewahrung der europäischen Grundwerte

Das Zusammenwachsen der europäischen Staaten trägt dazu bei, dass Europa eine Epoche des Friedens, der Freiheit und der wirtschaftlichen Entwicklung erlebt. Der Freistaat Bayern ist fest verwurzelt in Europa. Bayern und seine Bevölkerung profitieren von einer funktionierenden und prosperierenden Europäischen Union. Und zwar nicht nur, weil Bayern als Exportland stark von der Waren- und Dienstleistungsfreiheit sowie vom Binnenmarkt profitiert. Die Freizügigkeit, der kulturelle und wissenschaftliche Austausch und die vielgestaltige Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn sind für eine Region im Herzen Europas von großer Bedeutung, um die Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich zu meistern.

Das europäische Einigungswerk ist jedoch derzeit in seinen Grundfesten erschüttert. Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs, der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum, einer hohen Jugendarbeitslosigkeit in zahlreichen Mitgliedstaaten bis hin zu den entscheidenden Fragen der Migration steht Europa heute vor großen Herausforderungen.

Der Landtag stellt fest, dass gegen Enttäuschung, Skepsis und Angst vor Kontrollverlust in der Bevölkerung Europas nur Entschlossenheit und die konsequente Lösung von Problemen helfen. Die Menschen

in Europa, in Deutschland und in Bayern erwarten, dass ein einiges Europa Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit findet, die die Errungenschaften der europäischen Einigung bewahren und die Grundwerte und Grundfreiheiten auch in einer sich verändernden, globalisierten Welt innerhalb Europas sichern. Das ist zugleich das wirksamste Mittel gegen anti-europäische Ideologien.

Der Landtag setzt sich für ein zukunftsfähiges Europa ein: für ein Europa der Sicherheit und der Freizügigkeit, der wirtschaftlichen Entwicklung und der soliden Finanzen mit einer stabilen gemeinsamen Währung. Denn ohne die Einhaltung von Stabilitätsregelungen und ohne solides Wirtschaften gibt es keine Investitionen in die Zukunft und die wirtschaftliche wie soziale Sicherheit der Menschen in Europa; ohne den konsequenten Schutz der EU-Außengrenzen und eine gemeinsame Steuerung der Zuwanderung sind die Sicherheit und die Freizügigkeit in Europa gefährdet.

Dafür tragen alle in Europa eine gemeinsame Verantwortung. Eine effektive europäische Zusammenarbeit, die alle Beteiligten auf Augenhöhe einbezieht, und gesamteuropäische Lösungen mit einem fairen Ausgleich der Interessen und Lasten sind der beste Weg. Der Landtag begrüßt daher, dass sich viele Mitgliedstaaten gerade bei der Begrenzung und Steuerung der Migration auf einen gemeinsamen Weg machen und gemeinsame Anstrengungen zum Schutz der EU-Außengrenzen unternehmen wollen. Die Bundesrepublik Deutschland muss hier einen gemeinsamen Weg unterstützen.

Der Landtag setzt sich zugleich für ein Europa der Vielfalt und der starken, eigenständigen und selbstbewussten Mitgliedstaaten ein. Die Eigenverantwortlichkeit ist nach Ansicht des Landtags ein Kerngedanke für die Zukunft der Europäischen Union: Was in den Mitgliedstaaten besser und passgenauer geregelt werden kann, soll dort entschieden und geregelt werden.

Die Eigenverantwortung gilt zum einen in finanziellen Fragen. Der Landtag sieht daher Bestrebungen, die finanziellen Risiken zu vergemeinschaften, wie z. B. durch eine europäische Einlagensicherung, kritisch.

Aus Sicht des Landtags kann diese Eigenverantwortlichkeit zum anderen auch bedingen, dass bis zur Umsetzung einer gemeinsamen europäischen Lösung eigene, möglichst mit den europäischen Nachbarn abgestimmte Maßnahmen notwendig sind. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung der Migration sowie zur Durchsetzung

europäischen Rechts solange der Schutz der EU-Außengrenzen noch nicht gewährleistet und ein funktionsfähiges europäisches Asylsystem, konsequente Rückführungen und nachhaltige Bekämpfung der Fluchtursachen noch nicht implementiert sind. Denn die deutsche Politik trägt ihre Verantwortung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, für die Rechtsstaatlichkeit und für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.

Europäische Solidarität, gemeinsame Anstrengungen zur Weiterentwicklung Europas nach innen wie nach außen und Wahrung der Verantwortung und Handlungsfähigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten schließen sich nicht aus: Grenzkontrollen stellen nicht die Freizügigkeit an sich in Frage. Eine klare, eigene Finanzverantwortung ist ein Motor für solides Wirtschaften und Reformen. Eigene Verantwortung wahrnehmen ist nicht Spaltung, sondern die Basis für zukunftsfähiges, gemeinsames Handeln.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident